

■ »Freiheit der Kunst statt sozialistische Staatskünstler«

... hatte die FPÖ 1995 in Wien plakatiert, unter dem Hauptaugenfänger »Lieben Sie Scholten, Jelinek, Häupl, Peymann, Pasterk ... oder Kunst und Kultur?«, was nichts anders heißt, als daß die Schriftstellerin Elfriede Jelinek und der Burg-Theaterintendant Claus Peymann keine Künstler sind und die drei erwähnten SPÖ-(Kultur)Politiker mit Kunst und Kultur nichts zu tun haben. Nach der jetzigen Regierungs-beteiligung der FPÖ gibt es wenige österreichische KünstlerInnen, die sich nicht gegen die FPÖ ausgesprochen, gegen sie demonstriert und für oder gegen einen Kulturboykott Stellung bezogen haben (wovon inzwischen wieder einige Boykott- und Rückzugserklärungen Makulatur sind, etwa Mortiers Rückzug von den Salzburger Festspielen).

So erfreulich Künstlerproteste, Demonstrationen und Diskussionsveranstaltungen gegen den rechten Populisten Haider sind und einen Beitrag zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Potentiale bedeuten, so scheinen kulturpolitisch gesehen diese Aktivitäten etwas eindimensional. Wenn es richtig ist, daß Österreich jetzt, wie die Schriftstellerin Marlene Streeruwitz gesagt hat, dort ist, wo es immer schon war, und viele dem zustimmen, dann reicht die Fixierung auf Haider auch unter kulturpolitischen Aspekten nicht hin.

In einer Zeit, in der etwa ein Drittel der österreichischen WählerInnen die FPÖ an der Regierung sehen wollen, gibt es auch ein gesellschaftliches Klima, das eine intolerante kunst- und kulturfeindliche Politik ermöglicht. So ist die plötzliche, nicht begründete Abberufung des Verlagsleiters des renommierten Residenz Verlages, der Heimat vieler kritischer AutorInnen ist, parallel zum Regierungsantritt der FPÖ/ÖVP-Koalition ein Ausdruck dieses Klimas, in dem die »skandalösen Vorgänge im Salzburger Residenzverlag«, wie der Kunsthistoriker Werner Hofmann schreibt, »genau dieser Mentalität entspringen, die heute Regierungsverantwortung übernimmt«. (FAZ 9.2. 2000)

Die über ein Jahrzehnt lange große Koalition von ÖVP und SPÖ hat selbst zu diesem Klima beigetragen. So hat beispielsweise der österreichische Bundespräsident Klestil, der in den letzten Monaten versucht hatte, die FPÖ/ÖVP-Koalition zu verhindern, im August vergangenen Jahres in seiner Eröffnungsansprache der Salzburger Festspiele den konservativen, zum Teil rechtslastigen Hugo von Hofmannsthal ausgiebig zitiert, um ein »unverwechselbares Österreichisches« von den Festspielen einzufordern. Diese sollen von »Stil und Geschmack sich an elitären Maßstäben orientieren« und

nicht am »demokratischen Verständnis für Kultur«, denn diese provoziere »Konfrontation statt Harmonie, Provokation statt Gleichklang, Spektakel statt Werktreue, Stückezertrümmerung statt humanistischem Bildungstheater« (zit. n. *Stuttgarter Zeitung*, 7.8.99). Solche kulturkämpferischen Maxime unterscheiden sich kaum von kulturpolitischen Forderungen der FPÖ, die sich in dieser Deutlichkeit aber nicht einmal in ihren Papieren finden.

Unter der Überschrift »Weite Kultur – Freie Kunst« sind im Kulturabschnitt des FPÖ-Programms von 1997 in vier Artikeln die kulturpolitischen Vorstellungen der Freiheitlichen zusammen gefaßt. Im ersten ist allgemein von Kultur und Kunst die Rede, die »in einer freiheitlichen Gesellschaft keiner Beschränkung unterliegen«. Der zweite Artikel handelt von der »Sprache als wichtigster Trägerin des kulturellen Ausdrucks«, und da die »Mehrheit der Österreicher die Staatssprache Deutsch als Muttersprache spricht, ergibt sich daraus ihre Zugehörigkeit zur deutschen Kulturgemeinschaft«. »Schutz und Pflege der Sprache sind eine öffentliche Aufgabe«, heißt es weiter. Artikel drei fordert »Ehrfurcht vor den künstlerischen Leistungen und kulturellen Errungenschaften früherer Generationen« als gesellschaftliche und staatliche Aufgabe. Hierzu gehören neben der Hochkultur auch die »vielfältigen Ausprägungen der Volkskultur«, deren Erhalt stehen »alle Bestrebungen kultureller Nivellierung oder Multikultur entgegen und (diese) werden daher abgelehnt«. Neben die-

sem »völkischen« Artikel ist der vierte besonders prekär. Hier wird Kunst als »Privatsache« deklariert, was als Abwehr staatlicher Eingriffe noch nachvollziehbar ist, aber nicht wenn dadurch eine schrittweise Privatisierung der Kulturförderung begründet wird, wie etwa die Formulierung vom »Staatskünstlertum«, das abgelehnt wird, vermuten läßt (wobei hier allerdings auch die staatliche Verpflichtung zur Kunstförderung in Form von Rahmenbedingungen und infrastrukturellen Einrichtungen betont wird und dabei besonders die Kunstformen der jungen Generation hervorgehoben werden).

Wie fast alle Programme von links bis rechts ist auch dieses recht floskelhaft und an vielen Stellen nichts sagend, während aber Formulierungen wie »Ehrfurcht vor Leistungen«, »Kulturgemeinschaft«, »Staatskünstlertum« und Abwehr von »Multikultur« den konservativ-reaktionären Geist des FPÖ-Kulturverständnisses durchscheinen lassen.

So wichtig wie der allgemeine politische Protest der KünstlerInnen und Kulturschaffenden gegen die Regierungsbeteiligung der Haiderischen »Freiheitlichen« ist, so wichtig ist auch die konkrete Auseinandersetzung mit deren kulturpolitischen Zielsetzungen und ihrer viel weniger floskelhaften Umsetzung in kulturpolitisches Handeln, ohne dabei außer acht zu lassen, was für einen Anteil die anderen Volksparteien an der gegenwärtigen kulturpolitischen Situation haben und wo sie ähnlich populistisch auftreten.

Bernd Wagner

Forum Kulturpolitik 2000

Die Förderung von Kunst und Kultur in den Kommunen: Kommunikationsformen, Willensbildung, Verfahrensweisen

Symposium vom 17. bis 18. Mai 2000 in Verbindung mit der Kulturpolitischen Gesellschaft

Wer bestimmt, was Kultur ist, was an Kultur in einer Stadt geschieht und was gefördert wird? Kulturpolitik und Kulturverwaltung einerseits und »KulturarbeiterInnen« andererseits sind aufeinander angewiesen. Trotzdem tun sie sich immer wieder schwer miteinander. Das Denken und Handeln in politischen und Verwaltungskategorien auf der einen und künstlerischen Kategorien auf der anderen Seite will häufig kaum zueinander passen.

Das geplante Symposium soll beispielgebende Möglichkeiten des Umgangs zwischen den verschiedenen Akteursgruppen aufzeigen und damit Anregungen zur Gestaltung produktiver Strukturen in kulturellen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen geben.

Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel • Postfach 11 40 • 38281 Wolfenbüttel • T 05331/808-419 • F 05331/808-413 • <http://www.bundesakademie.de>